

In dieser Ausgabe:

2 Job-Center Neukölln - Umzug und Organisation.

6 Generalstreik stoppt Putschisten. Vor 90 Jahren verteidigten Arbeiter die Republik gegen Militärdiktatur.

6 Politischer Streik. Von Rosa Luxemburg lernen.

7 Warum brauchen Linke eine Medienakademie?

8 Die Berliner S-Bahn darf nicht amputiert werden.

Neuköllner LINKE gegen Ausschreibungen und für Rekommunalisierung.

Jetzt 8 Euro mehr für Krankenkasse

Bereits zum 1. Februar 2010 müssen die ersten Versicherten mit höheren Krankenversicherungsbeiträgen rechnen.

Für die Versicherten heißt es dann 8 Euro mehr im Monat zahlen, fast hundert Euro im

Jahr. Der Arbeitgeberbeitrag bleibt hingegen unverändert. Die Verantwortung für diese „kleine Kopfpause“ trägt auch die SPD.

Dass Millionen Hartz-IV-Betroffene auf den Zusatzbeiträgen sitzen bleiben und diese aus ihrem Regelsatz zahlen müssen, wird dabei billigend in Kauf genommen, kritisiert der LINKE-Politiker Klaus Ernst. Da

Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) nichts tut, um dieser Entwicklung zu begegnen, hat DIE LINKE einen eigenen Antrag in den Bundestag eingebracht, um die unsozialen Zusatzbeiträge in letzter Sekunde noch zu verhindern.

Was DIE LINKE fordert, das können Sie auf Seite 2 lesen.

Neuköllner stellen sich Nazis entgegen

Wenn am 13. Februar europaweit zusammengetrommelte Nazis in Dresden aufmarschieren wollen, werden sich ihnen auch Neuköllnerinnen und Neuköllner entgegenstellen.

Am Freitag, dem 5. Februar, findet um 18.00 Uhr eine Neuköllner Mobilisierungsveranstaltung in der Werkstatt der Kulturen in der Wissmannstraße statt. Beteiligt sind u.a. DIE LINKE, die Grünen, Gewerkschafter und Migrantenverbände. Gemeinsame Busfahrten nach Dresden werden

organisiert. Informationen, zum Beispiel, wo die Bustickets zu bekommen sind, auf Seite 3.

Wie dringend es ist, den Nazis entgegenzutreten, wurde erneut im Januar deutlich. In Neukölln fanden Nazi-Attacken auf die Geschäftsstelle der Grünen und auf Treffpunkte von Antifaschisten statt.



Foto: Lucia Schnell

Nein zum Krieg in Afghanistan

Die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, mehr deutsche Soldaten nach Afghanistan zu schicken, stoßen in der Bevölkerung auf Ablehnung.

Kurz vor der internationalen Londoner Afghanistan-Konferenz Ende Januar lehnten nach einer Umfrage für das Hamburger Magazin stern vier von fünf Deutschen (79 Prozent) eine Truppenaufstockung ab. Auch unter den Anhängern der Regierungskoalition ist der Widerstand enorm - 77 Prozent der Unions- und sogar 86 Prozent der FDP-Wähler sind gegen

eine Truppenverstärkung. Gegenwärtig sind mehr als 100.000 ausländische Soldaten in Afghanistan im Einsatz, darunter 4.500 der Bundeswehr. Weitere 40.000 Soldaten sollen an den Hindukusch geschickt werden, auch aus Deutschland.

Hoch ist die Zahl der Bundesbürger, die einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan verlangen: Fast jeder Dritte (32 Prozent) plädiert in der stern-Umfrage dafür. Vor allem die Wähler der LINKEN (52 Prozent) fordern dies, bei den Unions- und SPD-Wählern sind es je 27 Prozent. Den Rückzug bis spätestens Ende 2011 wünscht rund ein Viertel aller Befragten (24 Prozent). 14 Prozent sind dafür, spätestens Ende 2015 abzuziehen,

nur ein Viertel (25 Prozent) meint, die Bundeswehr solle bei Bedarf noch länger bleiben.

Die Umfrage zeigt auch, wie gering der Rückhalt der Bevölkerung für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ist. Auf die Frage, ob sie persönlich hinter dem Einsatz der deutschen Soldaten stehen, antwortete knapp die Hälfte (49 Prozent) der Befragten mit „Nein“. Sogar ein Drittel (36 Prozent) der Unions- und fast die Hälfte der FDP-Wähler (47 Prozent) erklärten, sie stünden nicht hinter dem Einsatz. Mit „Ja“ antworteten nur 47 Prozent.

Die Friedensbewegung bereitet für den 20. Februar einen bundesweiten Protest in Berlin vor. Informationen dazu auf Seite 4.

„Nur wenn Sie sich einmischen, können wir Neukölln positiv verändern“

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Ergebnis der der Bundestagswahl im September des vergangenen Jahres, bei der rund 18.000 Neuköllnerinnen und Neuköllner der Partei DIE LINKE ihre Stimme gegeben haben, ist uns Verpflichtung und Ansporn. Für das neue Jahr haben wir uns deshalb viel vorgenommen. Wir kämpfen weiterhin gegen Hartz IV und setzen uns dafür ein, dass die Regelsätze auf 500 Euro erhöht, die Schikanen beim Job-Center beendet und Ein-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsplätze umgewandelt werden. Die Sorgen vieler Menschen in unserem Bezirk vor steigenden Mieten teilen wir: Wir wehren uns gegen die soziale Verdrängung in den Neuköllner Kiezen.

Wir wollen dass alle Neuköllner Kinder auf gute Schulen gehen können und streiten für eine Schulreform, die vor allem Kindern aus armen und migrantischen Familien zugute kommt.

Dass Gesundheit für alle Menschen bezahlbar wird, bleibt uns ein wich-



Mitglieder und Sympatisierende der Neuköllner LINKEN bei einem Aktionstag im September 2009.

tiges Ziel: Wir machen mobil gegen die Zwei-Klassen-Medizin. Selbstverständlich verpflichten wir uns auch in diesem Jahr den Kampf gegen Rassismus und gegen alte und neue Nazis in unserem Bezirk zu führen: Wir setzen uns dafür ein, dass niemand aufgrund der Hautfarbe, der Religion und des Geschlechts diskriminiert wird. Und wir kämpfen dafür, dass die Bundeswehr noch in diesem Jahr aus Afghanistan abgezogen wird. Liebe Leserin, lieber Leser, all diese Ziele können wir nicht alleine erreichen. Um Erfolg zu haben, sind wir auf Ihre Unterstützung angewie-

sen. Nur wenn Sie sich einmischen, können wir Neukölln positiv verändern. Wir laden Sie deshalb ein, sich der Partei DIE LINKE anzuschließen und mit uns zusammen für eine gerechte, friedliche und demokratische Welt zu streiten. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen ein gesundes, erfolgreiches und kämpferisches Jahr 2010!

Mit solidarischen Grüßen,
Ruben Lehnert,
Irmgard Wurdack

Versicherte in der Krise schützen

Durch die Wirtschaftskrise sinken die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Es drohen Zusatzbeiträge, Leistungskürzungen oder gar Insolvenzen.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat am 22. Januar einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Finanzsituation der Gesetzlichen Krankenversicherung zu entschärfen.

Konkret wird darin gefordert, dass die durch die Krise entstandenen Einnahmehausfälle des Gesundheitsfonds vollständig in Form eines Zuschusses des Bundes ausgeglichen werden. Für ALG II-Bezieher/-innen sollen angemessene Krankenversicherungsbeiträge pro Mitglied

Die kostenlose Hartz-IV-Beratung in den Räumen der LINKEN am Richardplatz 16 wird bis auf Weiteres nach persönlicher Vereinbarung angeboten. Kontakt über: Franziska Lorenz-Hoffmann, Telefon: 030-53084626, E-Mail: franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de

Job-Center Neukölln - Umzug und Organisation

Im Januar zieht das Neuköllner Job-Center in den Kindl-Boulevard.

Der Zugang erfolgt über die Mainzer Straße an der Rückseite des Gebäudekomplexes. Die Nutzung der Rolltreppen in der Passage ist dagegen zur Zeit nicht vorgesehen.

Erfreulicherweise sind die Stellen für Erstanträge, Beratung/Fallmanagement und die Leistungsstelle nun unter einem Dach. So wird selbst die künftig getrennte Bearbeitung von Leistungen zum Lebensunterhalt und zum Wohngeld erleichtert.

Die Leitung des Job-Centers erreichte passend zum Umzug eine Liste zur Verbesserung des Organi-



Vignette: Franz Zauleck

sationsablaufes. Darin wird zunächst eine bessere Qualität der Bescheide angemahnt damit möglichst keine Widersprüche notwendig werden.

Praktisch geht es um große, sichere Hausbriefkästen, einen Schnellschalter nur zum Abgeben

von Unterlagen und eine rasche Bearbeitung der eingegangenen Post. Beim Empfang müssen die Öffnungszeiten dem Bedarf entsprechen, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Auch sollten statt der Teams wieder feste Sachbearbeiter für die Kunden zuständig und diese telefonisch zu erreichen sein. Der Schriftwechsel muß allgemeinverständlich sein und die Leistungsrechnungen nachvollziehbar. Das eventuelle Versagen von Leistungen ist demnach anzukündigen, damit sich die Betroffenen gegebenenfalls mit einem Beistand um Klärung bemühen können und nicht in eine Schuldenfalle geraten.

Die Liste ist lang und Änderung tut not.

Marlis Fuhrmann

und Monat gezahlt werden. Als Orientierungswert können die pro Mitglied in der Gesetzlichen Krankenversicherung durchschnittlich entrichteten Beiträge dienen. Die Finanzbasis der Bundesagentur für Arbeit muss unverzüglich und dauerhaft stabilisiert werden. Unter anderem durch die Defizithaftung des Bundes, die es gilt, umgehend wieder einzuführen.

Denn auf die Gesetzliche Krankenversicherung kommt 2010 ein Finanzloch von 7,9 Milliarden Euro zu. Die Bundesregierung ist lediglich bereit, knapp die Hälfte davon durch einen Steuerzuschuss auszugleichen. Damit bleibt aber immer noch ein Defizit von voraussichtlich 4 Milliarden Euro bestehen, wie der Schätzerkreis der Gesetzlichen Krankenversicherung im Dezember 2009 mitteilte.

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg!



Foto: Jan Maas

Mobilisierungsveranstaltung in Neukölln Freitag, 5. Februar 2010, 18 Uhr Werkstatt der Kulturen,

Wissmannstraße 32, 12049 Berlin (U-Hermannplatz) mit:

Kazim Erdogan, Vorstand Aufbruch Neukölln & Initiative für ein noch besseres Neukölln

Jan Duscheck, Jugendsekretär, Bereich Jugend beim ver.di Bundesvorstand

Die Grünen, Kreisverband Neukölln

Rosemarie Nünning, DIE LINKE Neukölln

**Buskarten nach Dresden (Kostenbeitrag 10,- Euro)
auf der Veranstaltung oder über:**

13.februar@die-linke-berlin.de oder Telefon 030 24009289

oder Die LINKE, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Telefon: 030 6135919

Die Neonazis wollen am 13. Februar 2010 in Dresden aufmarschieren. Sie missbrauchen den 65. Jahrestag der Bombardierung Dresdens, um die Verbrechen des Nazi-Regimes zu leugnen. Sie stehen für Rassismus, Faschismus und Krieg. Ein breites Bündnis von Initiativen, Gewerkschaften und demokratischen Parteien will den Nazis in Dresden entgegentreten. Du kannst mithelfen. Komm mit nach Dresden!

Zusätzliche Brisanz gewinnt die Aktion in diesem Jahr durch die Zensurversuche der Dresdner Staatsanwaltschaft gegenüber dem Aktionsbündnis „Dresden Nazifrei“. Es wurden Computer konfisziert, Flugblätter und Plakate beschlagnahmt, Plakatkleber verhaftet und die Internetseite gesperrt – alles mit der Begründung, dass der Blockade-Aufruf des Bündnisses einen Straftatbestand darstelle, weil er sich gegen eine legale Veranstaltung (nämlich den Nazi-Aufmarsch) richte.

Das breite Bündnis aus Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien, Jugend- und Studierendenverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen will sich davon nicht entmutigen lassen und erfährt tatkräftige Unterstützung. Lothar Bisky, Parteivorsitzende der LINKEN: „Dies ist ein Schlag gegen alle demokratischen Kräfte, die sich gegen Menschenhass, Sozialdemagogie und Geschichtsrevisionismus einsetzen. Sowohl der Aufruf zu friedlichen Blockaden gegen den Naziaufmarsch, als auch die elektronischen Informationen des Bündnisses "Nazifrei! Dresden stellt sich quer" gehören zu politische Grundrechten, die weder durch LKA noch Staatsanwaltschaft beschnitten werden dürfen.“

Aktuelle Informationen auf der Aktionsseite der LINKEN im Internet über: www.die-linke.de

Kein Soldat mehr

Am 20. Februar gemeinsam gegen den Afghanistan-Krieg!



Foto: KDH

Treffpunkt zum bundesweiten Protest: 20. Februar um 12.00 Uhr auf dem Bebelplatz

„Keine Erhöhung der Truppen – Frieden und Aufbau statt Unterstützung für den Krieg!“ Unter diesem Motto ruft die Friedensbewegung zum bundesweiten Protest am 20. Februar in Berlin auf.

Im Aufruf zu der Aktion im Vorfeld der Entscheidung des Bundestages heißt es: „Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind keine Entwicklungshelfer in Uniform. Die

Bundeswehr tötet am Hindukusch. Nach dem Bombenabwurf in Kunduz wissen das alle.

Heute sind über 100.000 ausländische Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan. Die Menschen in Afghanistan fühlen sich dadurch nicht befreit, sondern besetzt. Das nährt den bewaffneten Widerstand.

Jetzt sollen noch 40.000 weitere Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan Krieg führen. Davon 850 aus Deutschland. Die Bundesregierung will im Bundestag beantragen: Truppenaufstockung für Afghanistan.

Mit der Mehrheit der Bevölkerung sagen wir dazu Nein. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten auf: Stimmen Sie mit Nein! Schicken Sie keine weiteren Truppen, sondern ziehen Sie diese ab! Nur dann hat der Frieden eine Chance, können die humanitären Hilfsorganisationen ungefährdet arbeiten.

Wir rufen auf: Protestiert am 20. Februar gemeinsam gegen den Krieg. Macht den Abgeordneten klar: Gegen unseren Willen schickt die Bundesregierung weitere Truppen an den Hindukusch. Gegen un-

seren Willen werden weitere Milliarden für den Krieg ausgegeben. Gegen unseren Willen werden neue Waffen eingesetzt. Afghanistan braucht zivilen Aufbau, der verstärkt werden muss. Afghanistan braucht kein Geld für den Krieg.

Deutschland steht erneut vor der Entscheidung. Mehr Soldatinnen und Soldaten und mehr Waffen, damit mehr Tote und mehr Verletzte. Oder: Waffenstillstand, Truppenabzug und zivile Hilfe. Dafür demonstrieren wir. Dafür brauchen wir Unterstützung. Am 20. Februar und darüber hinaus.“

Mehr Soldaten bedeuten mehr Krieg

Zur neuen Afghanistan-Strategie der Bundesregierung erklärt Christine Buchholz, Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes der Partei DIE LINKE:

850 zusätzliche Soldaten sind weitere 850 Soldaten zu viel. Merkel und Guttenberg eskalieren den Krieg in Afghanistan. Sie tragen die Verant-

wortung für den Tod von mehr Soldaten und weiteren afghanischen Opfern. Die afghanische Bevölkerung braucht nicht mehr Kampftruppen und Polizei-Ausbilder, sondern ein Ende des Krieges und vom Militär unabhängige humanitäre Hilfe.

Die Verdopplung der Entwicklungshilfe ist ein Feigenblatt der Regierung, um der Bevölkerung die Ent-

sendung von mehr Kampftruppen schmackhaft zu machen. Gemessen an den Kriegskosten ist die Entwicklungshilfe weiterhin viel zu gering. Medico International kritisiert zudem zu Recht, die Regierung instrumentalisiert die Hilfsorganisationen für den Militäreinsatz. Die Voraussetzung für zivile Aufbauhilfe ist ein sofortiger Abzug der Bundeswehr.

Leider bewegt sich die SPD mit schnellen Schritten auf die Regierung zu. DIE LINKE lehnt die Afghanistan-Strategie dagegen ab und ruft zu den Aktionen der Friedensbewegung „Kein Soldat mehr“ auf. Wir bleiben dabei: Die Bundeswehr muss noch in diesem Jahr bedingungslos und vollständig abziehen.

DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE. Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE. Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE. Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 01/2010 - FEBRUAR

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE Berlin-Neukölln

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:

Neukölln wird Weltstadt?

Über den künftigen Kurs der Karl-Marx-Straße / Von Marlis Fuhrmann

Der ins Hintertreffen geratenen Hauptstraße des Bezirkes soll aufgeholfen werden. Dazu haben Bezirk und Senat mit Hilfe der EU in den letzten Jahren Vorbereitungen getroffen.

So entstanden spezielle Gutachten zum Einzelhandel (IHK), zur Lärmbelastung (PGN) und zum benachbarten Richardplatz (Spath + Nagel). Das mit den allgemeinen vorbereitenden Untersuchungen zur Karl-Marx-Straße selbst und zum künftigen Sanierungsgebiet beauftragte Büro (Jahn, Mack & Partner) gab sich redlich Mühe und trug eine Fülle von Einzelaspekten zusammen. Dabei wurden Geschäftsleute, Hauseigentümer, Kulturschaffende und auch Anwohner eingeladen und befragt.

Da Senat und Bezirk nicht immer an einem Strang ziehen, fehlt immer noch ein öffentlich diskutiertes Gesamtkonzept. Dabei geht es um das Selbstverständnis Nordneuköllns. Soll die Karl-Marx-Straße wieder zum Zentrum des Bezirkes werden zu dem man nicht nur zum Einkaufen fährt? Oder darf es auch ein, zwei Nummern größer sein? Kann die Karl-Marx-Straße in die anderen Berliner Bezirke ausstrahlen oder gar weltweit leuchten?

Blieben wir auf dem Teppich. Das Kaufhaussterben hat die Straße überstanden. Der als Meilenstein gefeierte Hertieumbau zeigt bereits Wirkung. Es gibt neue Fachgeschäfte wie die zahlreichen Mobiltelefonläden und auch die preiswerten Läden mühen sich um ansprechendere Schaufensterdekorationen. Von den Kultureinrichtungen wird vorerst nur das Museum Neukölln und ein Teil der Musikschule nach Britz ziehen, die Anderen wollen bleiben.

Die beschlossene Aufwertung hat sich also schon herumgesprochen. Das man in Neukölln immer noch preiswert einkaufen und wohnen kann auch. Mit dem Wandel im Norden des Bezirkes ziehen aber auch die Mieten langsam an. „Gentrifizierung“ nennt man das und meint „Verdrängung“ damit. Dabei scheinen sich die Neuköllner künftig in zwei Gruppen aufzuteilen: in solche

mit und ohne Geld. Die aktiven Kiezbewohner verfolgen die Veränderungen mit Sorge, während die neu Zuziehenden eher finanziell besser gestellt sind oder Neukölln als eine der Stationen ihres Lebens betrachten.

Für wen soll die Aufwertung sein und wie soll sie aussehen?

Schauen wir uns die Karl-Marx-Straße zunächst genauer an: Die Straße selbst ist gut zwei Kilometer lang und reicht von der Lahn-/Silbersteinstraße bis zum Hermannplatz. Sie ist unterschiedlich struk-

werden, wenn sie dem Bedarf ihrer hier lebenden Anwohner entsprechen, die größtenteils auch die Kunden und Passanten stellen. Zunächst als Geschäftsstraße wahrgenommen, ist die Karl-Marx-Straße das alte und neue Zentrum des gesamten Bezirkes mit seiner Verwaltung und der Bezirksverordnetenversammlung im Rathaus, den Kinos, der Oper und dem Saalbau.

Das Warenangebot und die Preise müssen zum kleinen Geldbeutel der Neuköllner passen. Abgedeckt werden sollte zunächst der tägliche Bedarf, z. B. an im Straßenbild attraktiv präsentierten Lebens-

bahn samt durchgängigem Radweg und verbreiterte Fußwege. Das man gern wiederkommt und sich aufhält, läßt sich durch Plätze mit Bänken, Cafés und ein Kulturangebot in den Abendstunden erreichen. Der Rathausplatz könnte ein Beispiel hierfür sein – zwiespältig erscheint das Alkoholverbot auf dem öffentlichen Teil.

Wer sich mit seinem Bezirk identifiziert, bleibt und zieht nicht weiter.

Etwa 15 Jahre soll der Umbau dauern. Das ist lange, viel zu lange für eine Straße im zaghaften Auf-



Die Karl-Marx-Straße im Januar 2010

turiert - mit einem zentralgelegenen Bereich zwischen Karl-Marx-Platz/Richardplatz und Einkaufszentrum. Beiderseits folgen Wohnquartiere.

Die offiziellen Anstrengungen werden sich zunächst auf den attraktiven mittleren Bereich mit den Kaufhäusern und dem Rathaus konzentrieren. Hier sieht das künftige Citymanagement seinen Schwerpunkt, hier wird ein Sanierungsgebiet entstehen. Die insgesamt sechs (!) alten und neuen Quartiersmanagementgebiete zeigen dagegen auf, wo der Bedarf an sozialem Engagement am Größten ist - nämlich im Süden am S-Bahnring und im Norden bis hoch zum Hermannplatz.

Die anzubietenden Dienstleistungen können jedoch nur nachgefragt

wird. Ähnliches gilt für Kleidung, Haushaltswaren, Technik und Schulbedarf. Für die relativ preiswerte Gesellschaftskleidung für die migrantische Community wird sogar aus anderen Ländern der EU ange-reist. Darüberhinaus sollte man den umliegenden Bezirken aber keine Kunden abzuwerben versuchen. Es gibt in der ganzen Stadt bereits jetzt schon eine Überversorgung mit Einhandelsflächen. Zusätzlich ist am Flughafen Schönefeld ein weiteres Einkaufszentrum geplant, das die bezirkseigene Konkurrenz - nämlich die Gropiuspassagen - an Größe übertreffen wird.

Die Karl-Marx-Straße kann aber ihre Anziehungskraft durch mehr Aufenthaltsqualität steigern. Dazu gehört die Beruhigung des Autoverkehrs durch je eine einspurige Fahr-

schwung. Dabei ist es wichtig, daß die Bürger die Planungskonzepte mitentwickeln, um keine „fertigen Lösungen“ vorgesetzt zu bekommen. Dies gilt besonders für das künftige Sanierungsgebiet, das den mittleren Bereich der Karl-Marx-Straße beidseitig etwa einen Block tief begleiten soll. Der Sanierungsbedarf wird bei 50 Prozent der Häuser als gering bis mittel eingestuft, bei einem Viertel jedoch als stark bis erheblich. Hier gilt es gemeinsam eine sozialverträgliche Zielsetzung zu entwickeln und sich in einer Betroffenenvertretung zu engagieren. *Nächster Termin der Aktion Karl-Marx-Straße ist der 11. Februar 2010. Dann soll bereits die erste Betroffenenvertretung gewählt werden. Kommen Sie zahlreich! Näheres unter www.aktion-kms.de*

Generalstreik stoppt Putschisten

Vor 90 Jahren verteidigten Arbeiter die Republik gegen Militärdiktatur

Nur 100 Stunden währte im März 1920 die Herrschaft von Kapp und Lüttwitz, die mit einem Militärputsch die Kämpfe der Arbeiter um ihre Rechte unterdrücken und demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918 beseitigen wollten. Ein machtvoller Generalstreik hatte zum Erfolg geführt.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben. So ein Fazit nach der Novemberrevolution. Und diese Generäle und die mit ihnen verbündeten Großindustriellen wollten von Anfang an die Zeit zurück stellen. Ihre Stunde schien ihnen gekommen, als die Auseinandersetzungen um ein völlig unbefriedigendes Betriebsrätegesetz Anfang 1920 zu Massenprotesten führten. Hinter dem Schleier sozialer Proteste formierten sich die Verschwörer. An der Spitze der Verschwörung stand Wolfgang Kapp. Er verfügte über weitreichende Verbindungen zur Deutschen Bank und zum Parteivorstand der Deutschnationalen. Die militärische Leitung des Putsches lag in der Hand des Generals Lüttwitz, berüchtigt für die Massaker unter den Berliner Arbeitern im Januar und März 1919 sowie für die Angriffe auf die Demonstrationen zum Betriebsrätegesetz. Zum

Kreis gehörten auch der ehemalige kaiserliche Polizeipräsident von Berlin von Jagow und der General Lüdendorff, ein Wegbereiter der Nazis.

Im frühen Morgen des 13. März marschierte die bei Berlin stationierte Marinebrigade Ehrhardt unter schwarzweißbroten Fahnen und mit Hakenkreuzen auf dem Stahlhelm in Berlin ein und besetzte strategisch wichtige Punkte im Regierungsviertel. Reichsregierung und Reichspräsident Ebert hatten fluchtartig die Stadt verlassen. Womit sie nicht gerechnet hatten: Trotz der Unzufriedenheit mit der SPD-Regierung kam eine einheitliche Widerstandsfrente der Arbeiter gegen die Militärdiktatur zustande. USPD, KPD, SPD und Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf, der befolgt wurde. In den Betrieben und Bezirken Berlins kamen Arbeiter zusammen und organisierten den Generalstreik. Am 15. März legte der Generalstreik die Fabriken und Verkehrsmittel still. Die Putschisten waren isoliert. An vielen Stellen kam es zu offenen Zusammenstößen. Doch der Generalstreik, an dem sich in ganz Deutschland zwölf Millionen Menschen beteiligten, und der bewaffnete Widerstand in vielen Teilen des Landes setzte dem Putsch ein Ende. Am 17. März verließen Kapp und Lüttwitz Berlin. Aber der Rückzug der putschenden Einheiten war wiederum von blutigen Übergriffen begleitet, die viele Opfer auf Seiten der Arbeiter forderten.

Nach dem Sieg über die Putschisten gelang es nicht die Einheitsfront fortzusetzen. Die SPD setzte ihre bisherige Koalitionspolitik fort.



Putschende Militäreinheiten in der Wilhelmstraße am 13. März 1920.



Foto: KDH

Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 10. Januar 2010: Zehntausende kamen zum Stillen Gedenken in die Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde oder beteiligten sich an der Demonstration.

Politischer Streik: Von Rosa Luxemburg lernen

„... mitten im Kampf lernen wir, wie wir kämpfen müssen.“ Mit diesem Zitat von Rosa Luxemburg aus dem Jahr 1910 erinnerten die Neuköllner LINKEN an Debatten zum Thema politischer Massenstreik und Gewerkschaften, die vor genau 100 Jahren geführt wurden und noch heute aktuell sind.

Die politischen Debatten zum Thema politischer Massenstreik wurden 1910 in der SPD mit großer Härte geführt. Hintergrund waren die Wahlrechtskämpfe, die zu diesem Zeitpunkt wieder neuen Aufschwung bekamen. Während der Parteivorstand auf die nächsten Reichstagswahlen orientierte, sah Rosa Luxemburg in den Aktivitäten der Arbeiter eine Schule im Klassenkampf. Die in einer Thronrede lange angekündigte Wahlrechtsreformvorlage war eine Verhöhnung aller Reformforderungen der Arbeiter. Die Massen kamen in Bewegung. Demonstrationen, die reichsweit für den 13. Februar angekündigt waren, wurden polizeilich verboten. Trotz Polizeidrohung demonstrierten in Ber-

lin 100.000 Menschen; hier verlief der Tag ruhig, in anderen Städten kam es jedoch zu blutigen Zusammenstößen. Die Parteiführung der SPD wandte sich dagegen die Kämpfe fortzusetzen. Sie setzte auf eine „Ermattungsstrategie“, im Kern orientierte sie darauf, keine außerparlamentarischen Kämpfe zu führen. Rosa Luxemburg trat dagegen auf dem Parteitag und in Artikeln auf. Ihr ging es darum, die Erfahrungen der jüngst vergangenen Kämpfe zu klären und dadurch „die Massen und ihr Bewußtsein für die Zukunft vorzubereiten“. Sie zog die Schlussfolgerung: Dass „auch auf politischem Gebiet jeder Schritt vorwärts, dass jedes politische Recht nicht anders als durch die arbeitenden Massen selbst in einer großen kühnen Aktion oder vielmehr in langen Aktionen der Massen draußen auf der Straße erworben werden kann“.

Rosa Luxemburgs Überlegungen zum politischen Massenstreik sind hochaktuell. Oskar Lafontaine erklärte erst kürzlich im Januar in seiner Saarbrücker Rede: „Der politische Streik ist für DIE LINKE, wie in vielen Staaten Europas, ein Mittel um Fehlentscheidungen des Gesetzgebers wie Rente mit 67 oder Hartz IV zu korrigieren.“

Klaus-Dieter Heiser

Warum brauchen Linke eine Medienakademie?

Die LiMA, die Linke Medienakademie, findet in diesem März bereits zum siebten Mal statt. Nele Haas vom Organisationsteam sagt, weshalb die LiMA von Jahr zu Jahr einen größeren Zuspruch bekommt.

Warum brauchen Linke die LiMA?

Nele Haas: Man lernt ja nie aus. Für alte Hasen und junge Hüpfen ist es schwierig, sich in der Medienwelt zu behaupten, weil man bestimmte Regeln und Instrumente kennen muss. Die wiederum erscheinen Linken aber, teilweise zurecht, als manipulativ. Das verunsichert.

Wie kann ein Medienkongress das ändern?

Nele Haas: Die LiMA kann helfen, indem sie linke Medienfrauen und -männer zusammenbringt. Der Umgang mit den Medien ist für sie ein ständiger Balanceakt. Da ist es gut, wenn man sich mit anderen Linken austauschen und voneinander lernen kann. Dafür bietet die LiMA eine Plattform.

Was ist dieses Jahr neu an der LiMA?

Nele Haas: Die drei Zielgruppenkonferenzen, mit denen wir am 11. März starten. LiMAcampus mit spe-

ziellen Angeboten für junge Menschen findet das zweite Mal statt, aber neu sind das union camp für gewerkschaftliche Akteure und LiMAdigital als Barcamp für Online-Journalismus. Auch die LiMA selbst ist in verschiedene Kleinkonferenzen aufgeteilt. LiMAarena umfasst alle Diskussionen und Lesungen, LiMAwerkstatt alle Workshops, die auch erstmals in verschiedenen Niveaustufen angeboten werden. Ebenfalls neu ist die größere Gewichtung der inhaltlichen Weiterbildung unter LiMAthema, bei der es spezielle Veranstaltungen zu den Themen Migration, Rechtsextremismus und Genderpolitik gibt.

Kannst Du uns schon einen Einblick ins Programm geben?

Nele Haas: Gregor Gysi, der die Schirmherrschaft übernommen hat, stellt Gedanken zu „Die Kunst der Rede in der Welt der Politik“ vor. Ulrich Stoll von frontal 21 gibt Einblicke in die Recherchen zur Geschichte der DDR-Rückkehrer und Gerhard Seyfried stellt im LiMA schaufenster erstmals seit einem Jahrzehnt einen Band mit neuen Cartoons vor. Thomas Leif wird aus seinem Buch über den Parteienwuchs lesen und anschließend, u.a. mit Katja Kipping und Franziska Stier, diskutieren. Außerdem gibt es von renommierten JournalistInnen und Medien-DozentInnen viele Workshops zum Handwerkszeug für

der Freitag
Das Meinungsmedium

die tageszeitung

DRUCK VON LINKS Neues Deutschland

Medienmacher - vom Layout über Texten bis hin zu Kameratraining und Rhetorik.

Nele Haas ist Mitglied des Organisationsteams der Linken Medienakademie und kümmert sich vor allem um LiMAcampus. Das Interview wurde für DISPUT, das Mitgliedermagazin der LINKEN geführt.

11.-14. März 2010; LiMAcampus, LiMA union camp und LiMAdigital am 11. März 2010 HTW Berlin, Campus Wilhelminenhofstr. 75A Teilnahmebeiträge zwischen 10 und 150 Euro

Anmeldung und Infos:
www.linke-medienakademie.de

Anzeige

LINKER JOURNALISMUS BRAUCHT ÖFFENTLICHKEIT BRAUCHT LINKEN JOURNALISMUS

JETZT
GRATIS
TESTEN!

DAS ND-PROBEABO

Jetzt 2 Wochen kostenlos und unverbindlich testen:
Tel. 030/2978-1800 oder www.neues-deutschland.de

DRUCK VON LINKS Neues Deutschland

100 Tage neben der Spur Schwarz-Gelb und linke Medien

Beim nächsten Mediatuesday am 9. Februar, einer Initiative der Linken Medienakademie, geht es um Fehlstart für Schwarz-Gelb: Zentrale Projekte der neuen Regierung finden keine Mehrheit.

Ob es der Krieg in Afghanistan ist oder die geplante Steuerreform - die Bevölkerung ist kritisch und lässt das vermeintliche Traumpaar Merkel und Westerwelle früh alt aussehen. Wie ist die anscheinende Schwäche der

Koalition zu bewerten? Was bedeutet sie für die Zivilgesellschaft? Und wie reagieren linke Medien darauf?

Am 9. Februar diskutieren ab 19.30 Uhr: Gabriele Oertel (Neues Deutschland), Stefan Reinecke (tageszeitung) und Jörn Kabisch (Freitag).

Die Linke Medienakademie e.V. lädt jeden zweiten Dienstag im Monat gemeinsam mit „Helle Panke e.V.“ und der tageszeitung ein zur Diskussion über aktuelle Themen rund um Medien, Politik und soziale Bewegungen. Ort ist immer das taz-café in der Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin.

Termine DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand tagt jeden zweiten Donnerstag parteiöffentlich in den Räumen der Geschäftsstelle am Richardplatz 16.

Donnerstag, 4.2., 19.00 Uhr
Donnerstag, 18.2., 19.00 Uhr

BO Hermannstraße

Mittwoch, 10.2., 19.00 Uhr
Mittwoch, 24.2., 19.00 Uhr
im Salvador-Allende-Zentrum,
Jonasstr. 29, 12053 Berlin

BO Reuterkietz

Dienstag, 9.2., 19.00 Uhr
Offenes Treffen im Restaurant Odysseus, Friedelstraße 37
Dienstag, 23.2., 19.00 Uhr
im Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V., Reuterstraße 52

BO Rixdorf

Donnerstag, 11.2., 19.00 Uhr
Donnerstag, 25.2., 19.00 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 2.2., 16.00 Uhr
„Schlecker Aktion“, wir haben vor, vor einer Schleckerfiliale gegen Lohndumping mit Plakaten und Flyern zu protestieren.
Treffpunkt: Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee)
Dienstag, 9.2., 18.00 Uhr
Steckaktion (Bat-Yam-Platz)
Dienstag, 16.2., 18.00 Uhr
Beamerabend: „Altersarmut“
Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Clubraum II, Bat-Yam-Platz
Dienstag, 23.2., 18.00 Uhr
BO Süd Sitzung
Thema: „Überwachungsstaat“
Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Clubraum II, Bat-Yam-Platz

BO Demokratische Linke

Montag, 1.2., 19.00 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

HARTZ IV AG

Mittwoch, 3.2., 18.00 Uhr
„Planung: Themen und Aktivitäten“
DIE LINKE, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 2.2., 11.00 bis 14.00 Uhr
Dienstag, 16.2., 11.00 bis 14.00 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
DIE LINKE, Richardplatz 16

Die Galerie Olga Benario, Richardstraße 104, zeigt vom 4.2. bis 29.4. die Ausstellung „Deutschland im Krieg“. Veranstaltungsprogramm im Internet: www.galerie-olga-benario.de

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr
Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 2.500
V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser
Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 26.1.2010
Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 22.2.2010

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.



Foto: KDH

Die Berliner S-Bahn ist in einem schlechten Zustand. Zugausfall, Verspätungen, Streckenstilllegungen: Die Fahrgäste sind sauer. Das kann so nicht bleiben. Es gibt viele Vorschläge, zum Beispiel den: Rekommunalisierung.

Die Berliner S-Bahn darf nicht amputiert werden

Die Neuköllner LINKEN diskutierten auf ihrer Mitgliederversammlung im Januar über die Situation der Berliner S-Bahn und dachten über Lösungsmöglichkeiten nach.

Einigkeit herrschte, dass die Berliner S-Bahn nicht durch Streckenausschreibungen zerlegt und dann teilweise amputiert werden darf. Sie ist als Verkehrsadernsystem zu wichtig für die Stadt Berlin.

In einem einstimmig beschlossenen Antrag an den nächsten Landesparteitag werden die Senatorinnen der LINKEN im Berliner Senat und insbesondere Wirtschaftsminister Harald Wolf und die LINKE Abgeordnetenhausfraktion gebeten, dass sie sich für die „Rekommunalisierung der Berliner S-Bahn“ ein-

setzen sollen. Die Strecken der Berliner S-Bahn dürfen keinesfalls 2017 oder schon früher in Teilen oder als Ganzes ausgeschrieben werden und an private Betreiber vergeben werden. Satt dessen ist eine Rekommunalisierung der S-Bahn unter dem Dach der BVG oder als eigenständiger Eigenbetrieb des Landes Berlin anzustreben.

Ursache für das derzeitige Chaos bei der Berliner S-Bahn sehen die Neuköllner LINKEN darin, dass die Geschäftsleitung der S-Bahn GmbH im Auftrag der Bahn AG ein Maximum an Profit aus dem Unternehmen gezogen hat. Ziel war es, für den beabsichtigten Börsengang der Bahn AG, möglichst viele Gewinne auszuweisen und das Unternehmen dadurch profitabel erscheinen zu lassen. Dabei wurden dringend notwendige Instandhaltungsmaßnahmen nicht ausgeführt und Wartungsintervalle ausgedünnt und der Bestand an Fahrzeugen auf ein

nicht verantwortbares Minimum reduziert. Die hochqualifizierten Mitarbeiter der Instandsetzungswerkstätten wurden entlassen und die Werkstätten geschlossen. Die alte wie die neue Bundesregierung ist als Eigentümer der Bahn AG ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den S-Bahnnutzern nicht nachgekommen und die Verkehrsminister für das Desaster mitverantwortlich.

S-Bahn am Ende? Was ist zu tun?

Diskussionsveranstaltung am Mittwoch, 17. Februar 2010, um 19 Uhr, im BVV-Saal des Rathauses Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 4.

HEINER WEGNER, Betriebsratsvorsitzender der S-Bahn Berlin GmbH
WINFRIED WOLF, Verkehrswissenschaftler

JUTTA MATUSCHEK, Verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Positionen: Gesine Löttsch und Klaus Ernst

Nachdem Oskar Lafontaine erklärt hatte, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr als Parteivorsitzender der LINKEN kandidieren werde, nominierte der Parteivorstand am 26. Januar Gesine Löttsch und Klaus Ernst als neue Doppelspitze für den Parteivorsitz. In ersten Interviews erklärten sie danach ihre Positionen.

Frankfurter Rundschau: Hand aufs Herz, Frau Löttsch, wie groß sind die Unterschiede zwischen Ost und West wirklich und wie wollen Sie die überwinden?

Gesine Löttsch: Die Unterschiede bestehen ja nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen unterschiedlichen politischen Erfahrungen. Wenn ich zum Beispiel jahrelang Gewerkschaftsfunktionär war ... wie Ihr künftiger Ko-Vorsitzender Ernst...

... dann habe ich eben andere Erfahrungen und vielleicht auch ein anderes Politikverständnis als jemand, der in außerparlamentarischen Basisinitiativen aktiv war. Zusammenkommen können wir nur durch gemeinsame Arbeit an Projekten, Ideen und durch die Bereitschaft, die Erfahrung der jeweils anderen zu akzeptieren.

Süddeutsche Zeitung: Die Kommunistin Sahra Wagenknecht soll Vize-Vorsitzende werden. Zurück zu den marxistischen Wurzeln?

Klaus Ernst: Das wird Sie vielleicht überraschen, aber der Marxismus als Denkschule oder wirtschaftspolitische Theorie ist mir nicht fremd.